

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866**

30.3.1866 (No. 76)

# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 30. März.

N. 76.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

Des Charfreitags wegen erscheint morgen kein Blatt der Karlsruher Zeitung.

## Deutschland.

**Kassel, 26. März.** (Sch. M.) Die „Kassel. Ztg.“ meldet heute, daß der Kurfürst wieder ausgefahren sei. Doch hält er sich, wie es heißt, noch immer von den eigentlichen Staatsgeschäften fern, weil ihn das zu sehr anstrengt. — Dieser Tage ging das Gerücht, daß die Stände e sogleich nach Osnabrück einberufen werden sollten; allein ich glaube an dergleichen nicht, es möchte denn sein, daß die Einberufung bloß geschehe, um die Auflösung auszusprechen, wodurch man noch 3 Monate länger Ruhe erzielte. Inzwischen ist an dergleichen doch nicht wohl zu denken, da im Juni und Juli ohnehin schon die Wahlen für die nächste Landtags-Periode, die mit dem 1. Nov. d. J. beginnt, stattfinden müssen.

**Bremen, 27. März.** (Wesf.-Ztg.) Die österreichische Dampfschiffahrt „Erzherzog Friedrich“, Kapitän Wippinger, ist gestern auf der Höhe von Bremerhaven eingetroffen. Wie es heißt, sind Befehle aus Wien eingetroffen, denen zufolge die Korvette nicht in's Dock legen, sondern sich segelfertig halten soll.

**Aus Schleswig-Holstein, 26. März.** Wie die „Alton. Nachrichten“ erfahren, sollen die österreichischen Sanitätsschulen in Holstein sofort eröffnet werden, eine Maßnahme, welche in gegenwärtiger Jahreszeit nur bei drohendster Kriegsgefahr stattfinden würde. — Wiener Blättern wird aus Schleswig berichtet, daß General v. Mantuffel an die verwittwete Fürstin von Noer und an den Prinzen Friedrich von Noer ein Schreiben richtete, worin er über die Krusenborfer Vorgänge sein Bedauern ausdrückt und erklärt, jede Verantwortlichkeit für sich ablehnen zu müssen, da er zur Zeit in Dienstgeschäften abwesend gewesen. — Den „H. Nachr.“ wird aus Kiel, 25. d., geschrieben: „Bekanntlich hatte das Segelberger Deputirtenkollegium einen Beschluß wegen Einberufung des Städtetags gefaßt, um auf demselben für die Einberufung der Stände zu wirken, und alsdann das bekannte Schreiben an den vormaligen Bürgerwortführer Firjahn in Schleswig erlassen, um ihm seine Anerkennung wegen der von ihm gegebenen Ablehnung des ihm erteilten preussischen Ordens auszusprechen. Wegen dieses Verhaltens wurde das Deputirtenkollegium auf Grund des § 87 des Segelberger Lokalstatuts wegen wiederholter unbesonnener Einmischung in andere als ihm amtlich obliegende Geschäfte von dem Statthalter aufgelöst. Das Deputirtenkollegium hat hiegegen sowohl bei dem Statthalter als bei der Landesregierung remonstrirt und eine nochmalige Prüfung der Verhältnisse veranlaßt. Dasselbe scheint ein anderes Resultat wie früher ergeben zu haben, denn die Landesregierung hat in ihrer Majorität die Zurücknahme der die Auflösung verfügenden Resolution bei dem Statthalter beantragt, während eine Minorität sich für die Aufrechterhaltung der Verfügung aussprach. Der Statthalter hat sich dadurch bewegen gelassen, ein Gutachten des Oberappellationsgerichts über die Sache einzuziehen. Es wird als ausgemacht angesehen werden dürfen, daß der Statthalter unter den obwaltenden Verhältnissen sich nach diesem Gutachten richten wird.“

**Berlin, 27. März.** Der Augsburger „Allgem. Ztg.“ wird von einem ihrer Berliner Korrespondenten geschrieben:

## Kg. In Australien.

(Fortsetzung aus Nr. 74.)

Einige Wenige dieser unternehmenden Morgenländer erwerben verschiedene, von der Regierung noch nicht abgegebene, Stücke Land in guten Lagen, und sie mit dichtverwebenen Buschhecken umschließend, grüben sie Gärten, worin sie Lattich, Rettich, Kürbis, Zwiebel, Kraut u. dgl. mit großem Nutzen zogen. Am Ufer des Loddon liegt so ein Garten, wohl über zwölft Morgen groß. Er ist mit einer kunstlosen, aber sichern Einzäunung umgeben. Das ist nötig, da so viele Ziegen und Hornvieh herumstreifen. Ein Thor, weit genug für einen f. g. Amerikanerwagen zum Durchfahren, führt zum Haus, das hier mit Weizenpflanzen angefüllt ist. Außen am Haus, das nur eine Länge von etwa zwanzig und eine Tiefe von etwa zwölft Fuß hat, ist eine Art Lusthäuschen aus Blättern und Zweigen von Gummibäumen, worunter der Hausherr seine sehr mäßigen Mahlzeiten einzunehmen liebt. Das Haus selbst wird nur als Schlafort benützt, und recht un bequem muß es sein, denn es ist in eine beträchtliche Anzahl Räume abgetheilt, jedes mit f. g. Bunkern oder Banketten, in der Art solcher Preisen oder Gestellager auf den Auswanderer-Transportschiffen der britischen Regierung. Ein Stall für die Pferde (Hans Chinamann ist ein besonderer Pferdebesitzer, vielleicht von seinem theilweisen Tatarenmischblut her) bildet die eine Seite des Bieracks, das Haus die andere und hüben und drüben ist der Gartenraum. Der Garten selber ist ein Wasser seiner Art. Er ist auf's sauberste und regelmäßigste angelegt, und die Gemüse sind mit mathematischer Genauigkeit gepflanzt. Da er am Ufer, und zwar so dicht, angelegt ist, daß dessen jäher Abfall zum Fluß den Besizer auf der Wasserseite zu keiner Einzäunung nötigt, so ist ihm damit die erforderliche Bewässerung — dieses Geheimniß des Chinesen — leicht gemacht, wozu zwei oder drei Pumpen, um das Wasser zur Gleichhöhe mit dem Garten hinaufzutreiben, aufgestellt sind. Aus den Pumpen wird das Wasser

„Auf das bestimmteste kann ich Ihnen versichern, daß ein hochgestellter Herr unmittelbar vor seiner Abreise von hier erklärt hat: der Krieg sei unvermeidlich, wenn Oesterreich sich nicht mit einer Geldentschädigung begnügen wolle.“

Die „Zeidler. Korresp.“ schreibt: „Man begegnet hier und da der Meinung, daß Oesterreich nur deshalb der Lage einen kriegerischen Charakter verleihe, um nachher mit desto mehr Nachdruck verhandeln zu können. Es wird hinzugefügt, Oesterreich werde die Forderung stellen, daß die Entschädigung der schleswig-holsteinischen Frage vor den Bund gewiesen werde. Sollte wirklich ein solcher Kalkül in Wien bestehen, so würde er auf falschen Prämissen beruhen. Je mehr die österreichische Regierung durch ihre bedrohliche Haltung den Konflikt zu einer Nachfrage zuspitzt, desto mehr entzieht sie denselben dem Umkreise der bundestäglichen Kompetenz.“

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ bringt heute folgende weitere Nachrichten über die österreichischen Truppenbewegungen.

Nach zuverlässigen Nachrichten aus Pesh sind sämtliche ungarische Kavallerieregimenter unterwegs und sollen innerhalb acht Tagen an Ort und Stelle sein. Bei Berezest und Umgegend soll eine Aufstellung beabsichtigt sein, um angeleglich mit Sachsen vereint über Bauen nach Schlesien vorzugehen. Die zweite Macht wird bei Rasch, Königgrätz und Trautau aufgestellt, um über Waldenburg nach Schweidnitz vorzudringen. Die dritte Armee soll aber bei Olmütz konzentriert werden, um zwischen Neße und Gsel zu operiren. Kralau und Umgegend erhält ein Observationskorps.

Am 22./23. wurde in Kralau ein bedeutender Zug mit Geschützen, welcher in der Nacht angelangt war, ausgeladen, und die Kanonen, sämtlich neue, noch verpackt und gezogene Geschütze, sofort nach den Außenwerken geschafft! Das Regiment Hannover ging eben der Extrazug fort, ein zweites folgt am 23. Nachmittags, beide Regimenter kommen nach Berezest in Böhmen. — An den Außenwerken sieht es wie in einem Ameisenhaufen aus, mehr als 8000 Mann sind bei den Erdarbeiten beschäftigt, die unvollendeten mauerhaften Werke bleiben liegen, und werden durch Erdwälle ersetzt. — Angelagt sind für noch 8 Tage, oder vielmehr Nächte, Züge mit Geschützen aus dem Arsenal von Wien. Heute Abend trifft der erste Zug mit Truppen von Lemberg aus hier ein, welche die hiesige abgerückte Garnison zu ersetzen bestimmt sind.

**Berlin, 27. März.** (Köln. Ztg.) Wie man hier in diplomatischen Kreisen zu wissen glaubt, wäre vor einigen Tagen ein Zirkular an die preussischen Vertreter bei den deutschen Regierungen erlassen worden. Es sind dieselben, so heißt es, darin angewiesen, sich dahin auszusprechen, daß Preußen sich bemüht habe, das gute Einvernehmen mit Oesterreich in der schleswig-holsteinischen Frage aufrecht zu erhalten; die durch das Wiener Kabinet dem Gasteiner Vertrag gegebene Ausführung habe indessen notwendiger Weise Differenzen hervorgerufen müssen. Jetzt sei Oesterreich sogar zu Rüstungen geschritten und Preußen dürfe durch die Sorge für seine eigene Sicherheit gleichfalls zu militärischen Vorkehrungen sich genöthigt sehen. Wie man berichtet, wäre schließlich den diesseitigen Vertretern der Austrag erteilt, sich über die Haltung zu informieren, deren sich Preußen, falls die Dinge eine schärfere Wendung nehmen sollten, von den betreffenden Regierungen zu versehen habe. (Vergl. u. Berlin.)

**Berlin, 28. März.** Die ministerielle „Provinzial-Korresp.“ schreibt: Die preussische Regierung muß wachen, daß die Landesgrenzen fei-

nen Augenblick unvertheidigt bleiben. Vermöchte Oesterreich überwindende Truppenmassen dicht an der preussischen Grenze aufzustellen, ohne daß Preußen ein erforderliches Gegengewicht bereit hätte, so könnte eine plötzliche weitere Verwicklung möglicher Weise den zunächst ausgefakten Landbestellen wenigstens augenblickliche Gefahren bereiten. Die Regierung darf diese Verantwortung nicht übernehmen. In diesem Augenblick dürften bereits Befehle zu denjenigen militärischen Maßregeln ergangen sein, welche unerlässlich sind, um etwaiger Angriffsfahrt sofort nachrückend vorzubeugen. Preußen hat den Krieg nicht gesucht, noch herausgefordert; aber es muß in der Lage sein, allen Ereignissen ruhig entgegen zu stehen.

Die Staatshaushalts-Norm wird, wie die „Prov.-Korr.“ meldet, binnen kurzem im „Staatsanz.“ veröffentlicht werden.

Einem Situationsartikel der heutigen „Nordb. Allg. Ztg.“ entnehmen wir folgende Stelle:

Weshalb rüffet Oesterreich, wenn es sich wirklich (wie die „Allg. Ztg.“ meldet) auf den Art. 11 der Bundesakte berufen wollte, welcher die Verbindlichkeit der Bundesglieder, sich nicht zu bekriegen und die Vermittlung durch einen Ausschuss resp. den Spruch eines Aufragsverfahrens festsetzt? Denn Preußen rüffet nicht. Und welches sind diese „preussischen Provokationen“, von denen wir wieder an dieser Stelle („Allg. Ztg.“) hören? Mag man uns doch endlich eine Antwort auf die Frage geben, wo und wann Preußen Oesterreich provoziert habe? Wenn aber Preußen den österreichischen Rüstungen gegenüber sich einzig auf die Bundesakte verlassen wollte, so könnte es leicht dahin kommen, daß wir die erste Schlacht vor den Thoren Berlins zu schlagen hätten, ehe noch der Aufrags-Gerichtshof seine erste Sitzung gehalten.

Dieser Gedanke, der abermals die Nothwendigkeit einer Bundesreform darthut, ist denn auch, wie wir hören, in einer preussischen Depesche an die Kabinette der deutschen Staaten angedeutet worden, in welcher gleichzeitig die Nothwendigkeit angedeutet wird, in dieser Angelegenheit eine bestimmte Stellung einzunehmen, zu welcher die österreichischen Rüstungen immer ernster drängen, während, wie gesagt, Preußen noch immer zögert, jene kriegerischen Demonstrationen des Wiener Kabinetts in der gleichen Weise zu beantworten.

Der groß. weimarische Minister Hr. v. Wabors hat in Folge dieser preussischen Anfrage über das Verhalten Weimars, im Fall es zu einem Bruch zwischen Preußen und Oesterreich käme, zunächst eine Konferenz mit dem königl. sächsischen Minister Hr. v. West gebabt, um das gemeinsame Verhalten jener Centralität gegenüber zu verabreden. Hierauf hat die groß. Regierung, dem Vernehmen nach, Preußen einfach auf Art. 11 der Bundesverfassung verwiesen. Es ist daher zu erwarten, daß Hr. v. West in ähnlichem Sinn auf die gleiche preussische Anfrage antworten wird.

**Stettin, 26. März.** Wie der „Stf.-Ztg.“ mitgetheilt wird, ist hier eine Anzahl entschieden freisinniger Männer zusammengetreten, welche in den nächsten Tagen an die liberale Bevölkerung Stettins einen Aufruf zu einer Volksversammlung zu richten beabsichtigen, in welcher die politische Lage des Landes zur Sprache kommen soll.

Wien, 26. März. Es mag dahingestellt bleiben, ob man in Berlin selbst sich schon vollständig klar geworden über seine letzten Entschliessungen, und ob man nicht im Wesentlichen noch immer den Glauben festgehalten hat, unter dem Druck einer verstärkten Kriegsdrohung auch ohne Krieg ans Ziel gelangen zu können. So viel ist aber sicher, daß man in Wien nicht weiß, was kommen wird, und daß hier noch

et, und besaht ein zerknülltes Blatt so bedauerlich, als wäre es eines Kindes zerbrochenes Aermchen. Vom Loddoner Garten haben die Arbeiter über zwei Stunden nach dem nächsten Markt zu gehen, welche Strecke sie in ihrem gewöhnlichen schlendernden Trab zurücklegen. Die Körbe bringen die Verkäufer mit Dung gefüllt zurück, wobei sie, zu dem gewöhnlichen Dung, auch noch Guano und Knochenmehl kaufen.

In den ersten Zeiten waren die Chinesen mit ihren Bedürfnissen gänzlich auf die europäischen Ladenhalter angewiesen. Jetzt hat jede chinesische Lagerung einen oder zwei Läden, das Eigenthum eines Gielong, oder W-lut, oder Mong-seng u. s. f. Sie bleiben aber den Europäern immer gute Kunden, da sie europäische Sitten, Gebräuche und Tracht, nach schon kurzem Aufenthalt in der Kolonie, nachahmen. Nicht un häufig begnügen sie Theater, Konzerte, oder andere Unterhaltungen, und thun sich prächtig auf bei jedem feierlichen Umzug oder öffentlichen Kundgebung. Bei den verschiedenen Besuchen, z. B. der Statthalter der Städte landeinwärts, haben sich immer ihre chinesischen Kolonialangehörigen auf's eifrigste angelegen sein lassen, dem jeweiligen Vertreter der britischen Königin volle Ehre anzuthun. In Scharen stellten sie sich ein, und zogen mit prächtigen Bannern, Fahnen und Verzierungen auf, vor denen die Leistungen europäischer Festschaufänger als ganz ärmlich in den Schatten treten müssen. Die Fahnen sind nicht nur weit hübscher im Zuschnitt, sondern auch von schönem Stoff — von den reichsten Seidenzeugen, in mannigfaltigen Farben, die selbst für ein künstlerisches Auge anderslehen-fein gegen einander gestellt oder verschmolzen und mit den künstlichsten Stickereien geschmückt sind. Schwärmer und sonstiges Feuerwerk, wovon sie gewaltige Liebhaber sind, lassen sie in Menge los, und sich überhaupt keine Gelegenheit zur Belustigung entgehen. Auch „Himmelreichs“-Musik, zwischendrin, geben sie ihren Mitbürgern zu hören, die aber unsere Kolonialmusik zu einem Wiederholungsverlangen — einem „that strain again“, „bis, encore“ oder „ancora“ — nicht eben stimmt oder begreift. (Schluß folgt.)

immer jede Andeutung über die Absichten Preußens fehlt. Die Thatsache, daß Preußen sich militärisch bereit macht — gleichviel ob zu aggressiven oder, wie es behauptet, lediglich zu defensiven Zwecken — steht fest; die Thatsache, daß Oesterreich seine Gegenwehrungen trifft, kann eben so wenig abgelaugnet werden, und diese Vorkehrungen werden schwerlich mit geringem Eifer betrieben, seit der italienische General Govone sich in Berlin befindet. Ich kann natürlich nicht beurtheilen, ob er wirklich nichts Anderes dort zu thun hat, als sich in den militärischen Etablissements umzusehen. Aber man scheint hier überzeugt zu sein, daß er der Träger einer Mission zu politisch-militärischen Zwecken sei, und der Augenblick seines Erscheinens in Berlin ist jedenfalls so gewählt, daß die gedachte Kombination mindestens nicht als unwahrscheinlich erscheint.

Ueber den Grund oder Ungrund der parallel damit laufenden Gerüchte, daß eine Sommation, ein Ultimatum, oder wie man die betreffende Eröffnung sonst nennen will, von Seiten Preußens schon unterwegs sei oder doch unmittelbar bevorstehe, vermag ich nichts Sicheres zu sagen; ich weiß nur, daß eine derartige Eröffnung hier nicht überraschen würde. Es dürften bereits einzelne Andeutungen darüber vorliegen, Andeutungen, welche sich möglicher Weise sogar schon auf ihren Inhalt erstrecken, denn das Wort „Kompensation“ wird eben jetzt öfter als je wiederholt, und selbst bestimmte Kompensationsobjekte werden mit mehr oder weniger Wahrscheinlichkeit genannt.

**Wien, 26. März.** Die „Generalkorr.“ widerlegt die der „N. Fr. Presse“ aus Paris mitgetheilte Nachricht von der angeblichen Negozirung eines neuen österreichischen Anlehens mit der Pariser und Wiener Boden-Kreditanstalt. Dagegen wird der „Presse“ aus Paris telegraphirt, daß die Unternehmer des letzten Anlehens gestern der österreichischen Regierung die letzte Rate escomptirt haben.

**Wien, 26. März.** Man schreibt der „Köln. Ztg.“: „Man hofft, daß die von Berlin erwarteten Anträge oder Vorschläge, falls sie auch nicht geradezu und sofort annehmbar erscheinen sollten, doch wenigstens die Möglichkeit zur Fortsetzung der diplomatischen Verhandlung bieten würden. Sollte sich diese Hoffnung verwirklichen, so dürften jene Anträge freilich nicht ausschließlich in dem Anerbieten irgend einer Kompensationssumme bestehen. Nach meiner Ueberzeugung, ich kann dies nur wiederholen, wird Oesterreich hierauf nicht eingehen. Schwerlich wird man auch etwa einen Gegenvorschlag machen, denn man scheint durchaus entschlossen, selbst auf dem Boden des Statusquo verharrend, Preußen die Initiative zu überlassen. Ich kann es als eine zu verbürgende Thatsache bezeichnen, daß bis heute von Seiten des Militärärars noch kein einziges Pferd angekauft worden ist.“

Seit gestern sind Börse und Publikum etwas ruhiger gestimmt, obgleich Niemand hinreichende Gründe für eine solche Beruhigung anzugeben weiß.

**Aus Schwaben, 25. März,** schreibt man der „N. Fr. Ztg.“: „Der verschämten Haltung gegenüber, welche ein großer Theil der preussischen Abgeordneten und der norddeutschen liberalen Blätter in der Annexionsfrage angenommen hat, ist es von Interesse, von der Aeußerung der „Nhein. Ztg.“ (Nr. 67 vom 8. März) Akt zu nehmen, daß die Herstellung einer Quasi-Einheit von Deutschland durch die stückweise Annexion seiner einzelnen Länder an Preußen unter allen Umständen abgelehnt werden müsse, auch wenn ein liberales Ministerium versuchen sollte, die annexionspolitischen Wege zu wandeln. Es würde viel Wirral in Deutschland erspart worden sein, wenn die preussischen Freisinnigen schon vor Jahren besser begriffen hätten, daß eine nationalvereinliche und eine annexionspolitische Politik sowohl Preußen als dem Gesamtvaterlande nur zum Unheil gereichen könne. Die Kleinthaaterie ist freilich kein Glück, aber wir meinen, daß es nicht Sache der Preußen, die doch am wenigsten unter denselben leiden, sondern Derjenigen, welche sie unmittelbar tragen, wäre, die Bedingungen aufzustellen, unter welchen dieselbe ein Ende erhalten dürfe. Welche Einbuße an Selbstständigkeit nun auch die Regierungen und Stämme der Mittel- und Kleinstaaten zu bringen haben möchten, jedenfalls wollen sie dieselben nicht zu Gunsten eines Einzelstaats, sondern lediglich zum Wohl des Gesamtvaterlandes erleiden. Mag man sich doch nur das Eine vergegenwärtigen, daß ein Staatswesen auf dem Boden des nationalvereinlichen Programms überhaupt unmöglich ist. Wie soll eine Staatsform konstruirt werden, in welcher ein geographisch ausgeschiedener Bruchtheil der Bevölkerung „die Führung“ haben, d. h. die Regierungspolitik beeinflussen, resp. kontrolliren soll, in dem die übrigen Bezirke wohl volle Pflichten, aber gerade in Betreff der wichtigsten Staatsangelegenheiten gar keine oder wesentlich anders bedingte Rechte haben werden, als ihre bevorzugten Nachbarn? Ist nicht die Gleichberechtigung aller Bürger und aliquoten Theile des Staatsganzen die Grundlage der modernen politischen Gestaltungen? Will man im 19. Jahrhundert in Mitteleuropa das antike Experiment der Hegemonie, welches die Staaten und die Kultur von Hellas und Rom ins Verderben geführt hat, wiederholen? Außerhalb seiner Grenze darf kein deutscher Staat „berechtigtes Interesse“, wie das beliebte Schlagwort heißt, mit dem man das preussische Anbringen auf die Elberzogthümer zu entschuldigen sucht, haben; wohl aber gehören dem Gesamtvaterland Interessen und Rechte innerhalb der Grenzen jedes Einzelstaats. Die angeblichen (militärischen) Interessen, die man Preußen an der Eider zuspricht, gehören nicht diesem, sondern dem Bunde, der gegenwärtig noch Deutschland repräsentirt, und man darf den Schleswig-Holsteinern nicht zumuthen, daß sie einen großen Theil ihrer Selbstständigkeit vom preussischen Fiskus, der, so lange er existirt, im Widerstreit gegen die Einheit des Gesamtvaterlandes gewesen ist, verzehren lassen. Die preussischen Anforderungen sollen auch durch die vielen Leuten geläufige Versicherung begründet werden, daß Deutschland zum Schutze gegen das Ausland eines starken Preußens bedürfe. Hiegegen ist zu er-

wiedern, daß seit einem halben Jahrhundert nicht sowohl Preußen stark, als das übrige Deutschland schwach gewesen ist. Dem letztern Uebelstand läßt sich indessen abhelfen, ohne daß es nöthig wäre, die militärische Gewalt Preußens, die üppige Weide des Junterthums, noch mehr zu stärken. Es bedarf nur einer tüchtigen Bundes-Militärverfassung und eines verständigen Wehrsystems in ganz Deutschland. Sollten dieselben nicht zu schaffen sein? Wenn nur der ernste Wille und Klarheit über die realen Bedürfnisse vorhanden ist, dann kann man auch, was man will. Bei dem Konflikt, der jetzt zwischen den beiden deutschen Großmächten entbrannt ist, kann sich die Gelegenheit zu einem volkshühnlichen Umbau der Verfassung und der organischen Geseze des Bundes leicht ergeben, sofern die süddeutschen Regierungen ihre Aufgabe und ihre Machtstellung richtig begreifen. Aber leider durchkreuzen die Vorschläge für die Politik der süddeutschen Mittelstaaten sich noch so sehr, daß gemeinsame Entschlüsse in weiter Ferne zu liegen scheinen. So viel man hört, plaidirt die bayrische Regierung für eine unbedingte Neutralität für den Fall eines Krieges zwischen Oesterreich und Preußen. Wir können uns eine gefährlichere Politik nicht vorstellen. Wer auch als Sieger aus dem Kampf hervorgehen möchte, jedenfalls würde das Resultat desselben ein für lange Dauer weit überwiegender Einfluß eines der beiden Rivalen im übrigen Deutschland sein, falls der Bund in dem Bürgerkrieg lediglich eine Zuschauerrolle übernehmen wollte. Mit guten Gründen wird deshalb auch von Württemberg geltend gemacht, daß Süddeutschland nicht zur Neutralität, sondern zur gemeinsamen Aktion sich zu verbinden habe. Gegen welchen Theil dieselbe zu richten sein würde, das muß von einer Entscheidung auf Grund der Bundesgesetze abhängen. Das selbstthätige Eingreifen des Bundes ist schon deshalb nothwendig, um die Entscheidung des Bürgerkrieges möglichst zu beschleunigen und zu verhindern, daß derselbe durch eine lange Dauer Anlaß zur Einmischung des Auslandes gewähre. Die Gefahr, daß die beiden Gegner auf Kosten des Bundes sich vertragen, ist desto größer, je weniger Befugniß der Bund zu einer Einsprache bei schließlichem Friedensschluß hat. Glücklicher Weise sind die Dinge noch nicht dahin gediehen, daß der Krieg mit überwiegender Wahrscheinlichkeit zu befürchten wäre; aber der Eintritt desselben muß in Betracht gezogen und besonders auf die Möglichkeit Rücksicht genommen werden, daß die militärischen Operationen unerwartet schnell erfolgen. Die preussische Politik beruht auf der Verlegung aller guten und hergebrachten Rechtsformen, und die österreichische ist von den zahlreichen Verlegenheiten, welche die kaiserl. Regierung bedrängen, abhängig. Sehr leicht kann Oesterreich durch die preussischen Provokationen dazu gezwungen werden, den ersten Schuß zu thun. Die deutschen Vaterlandsfreunde werden gewiß jeden preussischen und jeden österreichischen Deutschen, die das Opfer des Bürgerkrieges werden möchten, gleich tief beklagen; das darf sie aber nicht davon abhalten, als ihr Ziel die Vernichtung — nicht der preussischen Armee — sondern des preussischen Junterregiments im Auge zu behalten. Dahin mag ohne jede Sentimentalität gewirkt werden, daß der Fluch des Krieges auf dessen Haupt zurückfalle, der denselben über Deutschland bringt. Sache des deutschen Volkes ist es gewiß, in erster Linie sich gegen jede Entscheidung der schleswig-holsteinischen Frage durch Waffengewalt zu erklären; wenn dieselbe aber einmal unabwendbar geworden sein sollte, dann wird es eine patriotische Pflicht sein, Partei zu nehmen und nach Kräften Denjenigen der kämpfenden zu unterstützen, welcher in der vorliegenden Frage der Volksfrage am nächsten steht. Man hat wohl gesagt, der Bürgerkrieg in Deutschland sei eine rechtliche Unmöglichkeit. Nun, es sind in unserm armen Vaterland bisher schon so viel rechtliche Unmöglichkeiten gerade Seitens der Mehrzahl der Regierungen durchgeführt, daß der Rechtsboden schließlich durchlöchert ist wie ein Sieb. Durch Unthätigkeit und deren Uebungsversuche wird ein neuer nicht geschaffen werden, sondern nur durch die muthige That. Zu dieser sich endlich einmal ehrlich zu verbinden, ist jetzt die Aufgabe des Volkes und der Regierungen von Süddeutschland.“

#### Donaufürstenthümer.

**Bukarest, 18. März.** Man schreibt der „Generalkorr.“: „Es ist nichts Neues, wenn man hier Unter-schieden von Beamten auf die Spur kommt; aber die Resultate der Wirtschaft, welche unter Cuias Regierung herrschte, übersteigen doch Alles, was man in den Donaufürstenthümern bisher Bekanntes erlebte. Die Unterjochung der Postrechnungen des Hrn. Librecht vom Jahr 1865 hat herausgestellt, daß bloß in jenem Jahr der Hr. Postdirektor sich Unterschlagungen im Belauf von 2,676,214 Piastrern hat zu Schulden kommen lassen. Posthäuser, die er gebaut zu haben vorgab, und deren Baukosten er sich bezahlen ließ, sind gar nicht vorhanden, und man vermißt bei tausend Pferden, deren Ankaufspreis und Erhaltung er verrecknet hat. Die Telegraphenrechnungen sind noch nicht durchgesehen worden. Neben den bei Armeelieferungen und Staatsanschaffungen begangenen zahlreichen Unterschleifen herrschte hier eine Nachlässigkeit in allen Dienstzweigen, die fast einer vollständigen Auflösung der Verwaltung gleich kam. Legitim besuchten die Mitglieder der provisorischen Regierung die Staatsgefängnisse in Bukarest; 430 Gefangene befanden sich in denselben. Davon waren 367 in Untersuchungshaft, ohne daß man sie Monate, einige sogar Jahre lang vernommen, verhört oder abgeurtheilt hätte. Bei manchen war es nicht möglich, überhaupt den Grund, warum sie in Haft gebracht waren, ausfindig zu machen, andere hatten ihre Strafzeit bereits seit einem Jahr überstanden, ohne daß man sie befreit hätte, und dies bloß aus dem Grunde, weil man sich nicht die Mühe nahm, sich mit der Sache zu befassen. Die provisorische Regierung hat eine Anzahl Richter und Staatsanwälte bestimmt, um die Gefängnisse mit thunlichster Beschleunigung zu leeren.“

#### Italien.

**Florenz, 25. März.** (N. Fr. Ztg.) Die Stadt ist in Aufregung über ein unerhörtes Ereigniß, welches zu Bar-

letta vorgekommen. Der „Corriere Italiano“ berichtet aus dieser Stadt vom 21. d. Folgendes:

Am 19. setzte sich ein Volksaufzug, geführt von Priestern, in Bewegung und zog durch die Stadt unter dem Rufe: „Tod den Protestanten! Tod den Fremden! Hoch Jesus Christus! Hoch dem Glau-ben!“ Voran wurde ein großes Kreuz getragen. Die Häuser friedlicher Bürger wurden überfallen und die schauerlichsten Barbareien verübt. Alle diejenigen Protestanten, welche man zu Hause traf, wurden getödtet und in den Wohnungen Alles in Stücke geschlagen. Drei Personen wurden auf einen Haufen Möbel und Betten gestellt und verbrannt; denn der blutdürstige Pöbel wollte ein Autodafé haben im wahren Sinn des Wortes. Die Feder sträubt sich, die begangenen Gräueltaten zu schildern; hier wird ein Mann aus dem dritten Stock auf die Straße geworfen; dort ermorden Furien von Weibern zwei Unschuldige; dem einen schneiden sie mit einem Rasirmesser den Kopf ab; der andere wird mit Steinen und Fußtritten von diesen Megären getödtet. Es ist keine Schilderung aus dem Mittelalter, die ich Ihnen gebe; was ich schreibe, ist hier vor zwei Tagen geschehen! Die Behörden waren zwar rasch zur Hand, hatten aber im ersten Augenblick keine Mittel, um das Unheil zu verhüten. Der Unter-präfekt erschien auf der Straße, wurde aber mit Steinwürfen empfangen und mußte sich zurückziehen. Der Bahnhofsvorsteher fuhr mit der Referve-lokomotive sogleich ab, um Truppen zu holen, die jedoch leider erst anlangen, als der von der Geisteskrankheit angegriffene Fanatismus seine Opfer bereits erhalten hatte. Gestern kamen 400 Mann Soldaten an und stellten die Ruhe der Stadt wieder her. Viele Verhaftungen haben stattgefunden, und 75 der Missethäter sind nach Trani abgeführt worden. Unter den Verhafteten sind 4 Pfarrer, 1 Kapuziner und 6-7 Frauen, welche die schändlichsten Verbrechen begangen haben sollen. Gestern gegen Mittag führte man neue Unruhen. Ein Haufe Gefindels versammelte sich vor dem Gefängniß und verlangte Freigebung der Gefangenen. Die Truppen gestreuten die Aufständischen ohne Blutvergießen. Unter den Verhafteten befindet sich einer der ersten Bankiers von Barletta, der verschiedene städtische Aemter bekleidet und Offizier der Nationalgarde ist. Bei ihm fand man eine Proscriptionsliste von 200 Personen, meistens fremde Kaufleute, Beamte u. s. w., welche getödtet werden sollten. Es scheinen noch andere Listen aufgefunden worden zu sein, welche die Behörde veranlaßten, 400 Nationalgardisten zu entsenden. Es handelt sich um eine wohlorganisirte Klerikale und Bourbonnische Verschwörung.

Ein Brief des protestantischen Geistlichen von Barletta, Hrn. Meyer, ist im „Corriere delle Marche“ veröffentlicht. Er schreibt am 20. März:

Gestern wurde unser Versammlungsort von einer Horde neuer Pbarisier unter der Führung des Priesters Ruggiero Postiglione überfallen, der vor einigen Tagen von der Kanzel aus zur Ermordung der Evangelischen aufgefordert hatte. Man legte Feuer an das Haus. Vier Glaubensgenossen wurden getödtet. Ich habe mich wie durch ein Wunder über das Dach gerettet. Das Haus des Weinhändlers D. C. ist verbrannt; er ist gerettet. Genaueres über die anderen Vorfälle kann ich noch nicht erfahren, denn ich bin im Keller meines Hauses versteckt.

Eine andere Korrespondenz desselben Blattes gibt die Zahl der Ermordeten auf 17 an. Die Zahl der Verwundeten sei viel größer. Diese Angaben dürften übertrieben sein.

In der Deputirtenkammer interpellirte Corti die Regierung gestern über die Schandthaten von Barletta. Er nennt sie eine Schmach für die ganze Nation und verlangt energisches Einschreiten gegen den Klerus, sofortige Unterdrückung der religiösen Körperchaften und Aufhebung des Art. I des Statuts. (Derselbe setzt fest, daß die Regierung bei offiziellen Zeremonien sich des katholischen Nitus bedient.) Der Minister des Innern, Chiares, erzählt die Vorgänge, wie ich sie Ihnen geschildert, nur mit der Abweichung, daß die drei verbrannten Personen schon getödtet gewesen seien. Die Regierung fühle sich zu stark, um Ausnahmemaßregeln vorzuschlagen. Die Behörden hätten ihre Schuldigkeit gekannt; sie hätte aber keine Kräfte zu ihrer Verfürgung gehabt, um den sehr zahlreichen Aufständischen entgegenzutreten. Die rasche Ankunft der Truppen habe weiteres Unglück verhütet.

**Florenz, 28. März.** Gestern fand eine zweite Versammlung der Direktoren der Kreditetablissements statt. Nach Verlesung des Berichts der Kommission beschloß die Versammlung, der Regierung die Emission einer Anleihe von 200 bis 250 Millionen al pari zu 5 Proz. vorzuschlagen, mit Amortisirung in 15 Jahren, unter der Bedingung, daß das Budget in's Gleichgewicht gebracht werde. Die Versammlung beschloß auch, an das Parlament eine Petition zu senden wegen schleuniger Annahme des Finanzgesetzes, und den Conserzio Nazionale aufzufordern, zur Subskription der Anleihe beizutragen.

Ein Ausschreiben des Kriegsministers verordnet, baldigt die Operationen für die Aushebung der Klasse von 1845 vorzunehmen.

**Aus Florenz** schreibt man dem Pariser „Moniteur“ über die Stellung, welche das Königreich Italien gegenüber den Kriegsrückzügen in Deutschland einnimmt, Folgendes:

Die Lage der politischen Angelegenheiten im Norden Europa's hält Italien wach; immerhin aber glaubt man im Allgemeinen nicht an Krieg, und es werden in dieser Voraussicht keine ernstlichen Vorbereitungen getroffen. Man hat nur kraft königl. Dekrets die Reserve der Klasse von 1844 einberufen, um ihnen die ersten Bezirke des militärischen Exerzitiums und Wanderrouten bezubringen. Diese Aus-bildungszeit geht, nach den Bestimmungen des Dekrets, vom 10. April bis zum 10. Juni.

**Rom, 20. März.** Die vollendete Thatsache der Zivilehe in Italien konnte endlich hier nicht länger ignorirt werden. Die hl. Päpntiarie hat deshalb an die Bischöfe Italiens eine „Instruktion über die Zivilehe“ erlassen, welche eine ungewöhnliche Nachgiebigkeit an den Tag legt. Zum Besten der Kinder, und um der Polygamie vorzubeugen, hält es die Päpntiarie für „gut und heilsam“, daß die Gläubigen nach dem religiösen Akt die Formalität der Zivilehe vollführen; jedoch werden die Pfarrer daran gemahnt, es bei der Zulassung zum Sakrament recht streng zu nehmen. Daß diese letztere Vorschrift der rein zivilen Ehe gerade am meisten



**Bekanntmachung.**

Z. f. 425. Nr. 2981. Triberg. Nachstehend bringen wir das Ergebnis der am 22. d. M. in Furtwangen vorgenommenen Ziehung der Gewinne der Martens'schen Lotterie goldener und silberner Ankeruhren zur Kenntnis der Beteiligten:

Table with 4 columns: No., Gewinn, Uhr, Art. It lists lottery results for various prize amounts and watch types (e.g., Silber, Gold, Ankeruhr).

Die Gewinne sind innerhalb sechs Wochen gegen Abgabe des Originallooses bei Herrn J. H. Martens in Furtwangen in Empfang zu nehmen, widrigenfalls dieselben zu Gunsten des Gewerbeschuldsfonds in Furtwangen veräußert werden. Triberg, den 26. März 1866.

Großh. bad. Bezirksamt. Engelhorn.

NB. Die Gewinne sind ihrem Werte nach nummerirt, und ist die Gewinnnummer der gewinnenden Loosnummer beigelegt. Jede einzelne Uhr trägt im Innern eine Fabrikationsnummer, die als Uhrnummer beigelegt ist. Die letzte Rubrik „Art“ gibt an, ob die Uhr eine goldene oder silberne ist. Der geordnete Exaktions-Wert jeder Uhr ist von Herrn J. H. Martens zu erfahren.

**Wichtige Erfindung für Wirthe.**

Einem unserer praktischen Wirthe ist es gelungen, einen einfachen, soliden und sehr zweckmäßigen Kühlapparat zu erfinden, mit welchem in 4 Minuten Champagner vollständig frigidirt werden kann. Wir sind überzeugt, daß alle Wirthe diese zweckmäßige Erfindung mit Freuden begrüßen. Die Apparate werden zu 1, 2 und 3 Flaschen gemacht, und die Herren F. Mayer & Cie. hier haben den Verkauf derselben übernommen.

**AVIS für Auswanderer!**

Da bei dem starken Andrang von Auswanderern über Bremen alle disponiblen Plätze in der Regel oft auf Wochen hinaus belegt sind, so machen wir hiermit bekannt, daß wir häufig und in der Lage befinden, noch kurz vor den resp. Abfahrtsagen mit Plätzen dienen zu können, und sind augenblicklich noch einige frei auf den am 7. April von Bremen abfahrenden Lloyd-Dampfer „America“, Segler I. Classe, worüber Näheres auf frankirte Anfragen bei Mannheim, 27. März 1866.

**Duffing, Möllenberg & Comp.,** Konzeptionelles Auswanderungs-Unternehmen.

Two small advertisements: 1. Lehrlingsgesuch (Apprentice sought) by a 29-year-old man. 2. Eine größere Partie Futtermehl verkauft billiger (Large quantity of feed meal sold cheaply) by the administration of the Graf von Bissingen's mill.

**Kohlen-Interessenten**

**Essener Zeitung.**

Organ für Bergbau u. Hüttenbetrieb, Industrie u. Verkehr. Nebst dem wöchentlichen Beiblatt „Glückauf“. Diese Zeitung ist reich an Mittheilungen über den großartigen Steinkohlen-Bergbau im Oberbergamtsbezirk Dortmund, über Gruben-Betrieb, Vorkommnisse auf den einzelnen Zechen, Transportverhältnisse, Eisenbahn-Anlagen, sie liefert Berichte über die monatlichen Kohlenbörsen-Versammlungen in Essen und industrielle Courserichte zc. Durch die Post bezogen kostet die „Essener Zeitung“ mit der Beilage „Glückauf“ vierteljährlich 1 Thlr. 15 Sgr. Inserate, die in irgend einer Weise zu der bedeutenden Kohlen-, Stahl- und Eisen-Industrie hiesiger Gegend in Beziehung stehen, finden durch die „Essener Zeitung“ eine wirksame Verbreitung; die empfindliche Vergoßzeit oder deren Raum wird mit 1/2 Sgr. berechnet. Zugleich macht die Verlagshandlung darauf aufmerksam, dass im Mai von der Bergwerks- und Hütten-Karte des westphälischen Ober-Bergamts-Bezirks eine neue revidirte Auflage (die 5.) erscheinen wird. Dieselbe enthält eine ganz genaue Aufzeichnung aller in Betrieb befindlichen Steinkohlen- und Eisensteingruben, aller Eisenwerke, Eisenbahnen, Kohlen- und Zweigbahnen etc. des westphälischen Ober-Bergamts-Bezirks. Z. g. 2.

**Feuerversicherungs-Anstalt der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank.**

Geschäfts-Ergebnisse pro 1865. Das Versicherungskapital der Anstalt laut Ausweis des vorjährigen Rechenschaftsberichts am Schlusse des Jahres 1864 in Kraft mit 1,000,000 fl. erhielt im Jahre 1865 einen Netto-Zugang (abzüglich aller aufgehobenen und abgelaufenen Versicherungen) von 52,195,337 fl. betrug somit ultimo Dezember 1865 1,052,195,337 fl. Für Brand-Entschädigungen wurden an 245 Brand-Verschädigte verausgabt 334,487 fl. und seit dem Bestehen der Anstalt 4,884,762 fl.

Die Anstalt versichert Gebäude, Mobilien, Waaren, Maschinen, Feldfrüchte, Vieh zc. zc. gegen Feuer- und Diebstahl (auch fahrenden Schlag) zum vollen Werthe und findet bei derselben keine in vornemem bestimmte Abminderung der Entschädigung statt; auch leistet die Bank Ersatz für das beim Brande Abhandengekommene. Die Anwendung von transportablen Dampfmaschinen (Lokomobilen) als bewegende Kraft für landwirthschaftliche Maschinen jeglicher Art ist durchaus unter einfachen, nicht lästigen Bedingungen gestattet. Im Falle einer Vorkauszahlung der Prämie gewährt die Bank alle jene Vortheile, welche andere solide Versicherungsanstalten einräumen. Zur Vermittlung von Versicherungen unter Zulage billiger Prämien und prompter Entschädigung im Unglücksfalle erbiten sich die Agenten:

- Raimund Bregenzer in Karlsruhe, Oscar Graf in Pforzheim (Kaufmann), Leo Kirchgessner, Rathschreiber in Flehingen, Jos. Klingler, Kommissionsrath in Wiesenthal, Jaf. Knab, Schmiedemeister in Langensteinbach, J. S. Martin, Geometer in Weingarten, F. A. Schenk, Kfm. in Pforzheim, Karl Walther, Rathschreiber in Gondelsheim, Karl Aug. Zoberst, Kfm. in Amlingen.

**Offene Revidentenstelle.**

Bei der diesseitigen Rechnungsrevision ist eine Revidentenstelle mit einem Jahresgehalt von 600 bis 700 fl., welcher bei entsprechenden Leistungen noch erhöht werden kann, als bald zu besetzen. Die zur Uebernahme derselben Lusttragenden Kameralkandidaten werden hiermit aufgefordert, sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse binnen 14 Tagen zu melden und dabei anzugeben, bis wann der Eintritt erfolgen kann. Karlsruhe, den 27. März 1866. Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbauwesens. Baer. Sublingler.

**Bekanntmachung.**

Der Betrieb der Bahnhof-Restaurant in dem neuen Stationsgebäude zu Konstanz, verbunden mit der Restauration auf den sechs Dampfbooten der diesseitigen Verwaltung, soll auf den 1. Mai d. J. vergeben werden, und werden die hierzu Lusttragenden hiermit eingeladen, ihre Bittangebote nebst Reumünz- und Vermögenszeugniß längstens bis zum 15. April d. J. schriftlich bei großh. Eisenbahnamt Konstanz einzureichen. Die Restaurationslokaleitäten im Bahnhof zu Konstanz, sowie die weiteren Bedingungen können bei dem Eisenbahnamt Konstanz eingesehen werden; auch können Uebernahmungsangebote für die Bahnhofs- und die Schiffrestaurationen getrennt gestellt werden. Karlsruhe, den 22. März 1866. Direktion der großh. Verkehrs-Anstalten. Zimmer. Säger.

Advertisement for hair removal: "Keine grauen Haare mehr! Melanogene von Dieguemare aine in Rouen. Fabrik in Rouen, rue St. Nicolas, 39. Um augenblicklich Haar und Bart in allen Nüancen, ohne Gefahr für die Haut, zu färben. - Dieses Färbemittel ist das Beste aller bisher dagewesenen. Gen.-Depot bei Fr. Wolff & Sohn, Hoflieferanten in Karlsruhe. S. c. 809."

Advertisement for a horse: "Zu verkaufen. Eine 5jährige norddeutsche Hellbraun-Stute, welche sich sehr gut zur Zucht eignet, ist zu verkaufen. Besißth. Thierarzt Schneider. Z. g. 299. Karlsruhe."

Advertisement for a circus: "Mannheim. | | Mai-Messe. Cirque Hinné. Dienstag, 1. Mai 1866: Erste grosse Vorstellung. Sonntags und an den Haupt-Mosstagen werden 2 Vorstellungen gegeben. Anfang der ersten um 4 Uhr, der zweiten um 7 Uhr. S. n. 63."

Z. g. 296. Karlsruhe. In Anklage gegen Adolb Went von Rühlwyl, wegen Diebstahls, ist Tagfahrt zur Hauptverhandlung auf Freitag den 20. April d. J., Vorm. 8 1/2 Uhr, anberufen. Hierzu wird der ständige Angeklagte mit dem Anfügen vorgeladen, daß er sich 14 Tage zuvor bei großh. Amtsgericht Schwan zu stellen habe. Verzag, den 24. März 1866. Großh. Kreisgericht Verzag als Abtheilung der Strafkammer des großh. Kreis- und Hofgerichts Freiburg. K. v. Stoefler. Rentner.

Z. g. 167. Stühlingen. (Erledigte Dekompensationsstelle.) Bei dem diesseitigen Hauptamt ist die Stelle eines Dekompensationsmitglieds mit einem Jahresgehalt von 400 fl. bis 1. Mai l. J. zu besetzen. Lusttragende wollen sich in Bälde anher melden. Stühlingen, am 22. März 1866. Großh. bad. Hauptstaatsamt. Widler.

Z. g. 430. Müllheim. Eine Aktuarsstelle bei unterzeichnetem Bezirke soogleich oder nach 3 Monaten zu besetzen. Gehalt 600 fl.; je nach den Leistungen kann derselbe noch erhöht werden. Müllheim, den 28. März 1866. Großh. bad. Bezirksamt. Sacher.

Z. g. 186. Nr. 731. Müllheim. (Dienstvertrag.) Die diesseitige erste Gehilfenstelle mit einem Jahresgehalt von 500 fl. ist auf 1. Juli d. J. wieder zu besetzen. Lusttragende wollen sich in Bälde anher melden. Müllheim, den 24. März 1866. Großh. bad. Domänenverwaltung. Sacher.

Z. g. 133. Karlsruhe. (Erledigte Assistentenstelle.) Beim Kriegs-Kommissariat ist die Stelle eines Assistenten mit einem Gehalt von 600 fl. zu besetzen. Bewerber aus der Klasse der Kameral-Assistenten wollen sich binnen 14 Tagen hier melden. Karlsruhe, den 21. März 1866. Kriegs-Kommissariat. (Mit einer Beilage.)